

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Plenarsitzung und begrüße als Erstes Schülerinnen und Schüler einer 11. Klasse des Goethe-Gymnasiums Nauen sowie zehn Schülerinnen und Schüler der Rahn-Schule in Fürstenwalde. Ich wünsche euch einen interessanten Vormittag. Herzlich willkommen bei uns!

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Abgeordnete, Ihnen liegt der Entwurf der Tagesordnung vor. Gibt es zu diesem Entwurf Bemerkungen, Änderungswünsche oder Ergänzungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse deshalb über die Tagesordnung abstimmen. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Wir müssen heute leider auf die Anwesenheit des Ministerpräsidenten, der Abgeordneten Münch und des Abgeordneten Nonninger gantzätzig verzichten. Ich bitte Sie, das mit Fassung zu tragen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde**Thema:****Perspektiven und Chancen Brandenburgs in der Europäischen Union**

Ich eröffne die Debatte mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Zu uns spricht die Abgeordnete Richstein.

Frau Richstein (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie alle kennen Europa, die schöne Tochter des Königs Agenor, die von Zeus in der Gestalt eines Stieres geraubt und auf die Insel Kreta verschleppt wurde - eine Figur der griechischen Mythologie, nach der unser Kontinent benannt ist.

Wenn wir uns heute Europa anschauen, meinen wir manchmal, noch immer eine Mythologie zu betrachten, und wundern uns über diesen Mythos Europa. Woher kommt dieser Eindruck? - Meines Erachtens auch daher, dass Europa heutzutage kaum noch rational erfassbar ist. Zwar bedingen Logos und Mythos einander, aber in Bezug auf die Europäische Union scheinen sie einander geradezu abzustößen.

Ein Beispiel bieten die aktuellen Geschehnisse im Zusammenhang mit den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden. Die Bevölkerung beider Länder hat klar und eindeutig gegen den Vertrag über eine Verfassung für Europa gestimmt.

Es mag dahingestellt sein, ob sie ihr Votum als Abstimmung über innenpolitische Fragen, über die europäische Währung oder über die Agrarsubventionen verstanden wissen wollen, entscheidend ist, dass sie mit dieser Abstimmung den Integrationsprozess der Europäischen Union im Mark getroffen haben.

Dabei ist es keine singuläre Entscheidung, die in Frankreich oder den Niederlanden zu treffen war, sondern alle 25 Mitgliedsstaaten der Union müssen den Verfassungsvertrag ratifizieren. Es ist ein laufender Prozess, der in zehn Staaten, so auch in der Bundesrepublik Deutschland, bereits erfolgreich durchlaufen worden ist.

Der Deutsche Bundestag hat dem Vertrag mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Im Bundesrat haben immerhin 15 Länder zugestimmt. Allein das Land Mecklenburg-Vorpommern hat, um den Koalitionsfrieden mit der PDS, die den Verfassungsvertrag und wahrscheinlich noch vieles mehr in Europa ablehnt,

(Einzelbeifall bei der PDS)

zu bewahren, nicht zugestimmt. Daher kann ich mir den Duktus Ihrer Rede, Frau Stobrawa, schon jetzt sehr gut vorstellen.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Sind Sie Hellseherin?)

Dieser laufende Ratifizierungsprozess ist durch die Entscheidungen in Frankreich und in den Niederlanden nachhaltig gestört. Großbritannien und Dänemark verschieben die geplanten Termine ihrer Abstimmungen; Diskussionen darüber, ob wir unsere alte Währung zurückhaben wollen, keimen auf und alle sitzen vor der „Zukunftsfrage“ Europa wie das Kaninchen vor der Schlange.

(Zurufe von der PDS)

Teilen wir Europa jetzt in ein Europa der Befürworter und ein Europa der Ablehner auf? Kann Europa noch seinem Anspruch, eine Solidargemeinschaft zu sein, gerecht werden? Was sind die Ursachen - was die Konsequenzen? Welche Auswirkungen hat dies auch auf unser Land, auf Brandenburg? Das sind Fragen, die wir uns jetzt stellen müssen. Wir müssen sie vor allem beantworten, denn es gibt durchaus auch Menschen außerhalb der Union, die sich diese Fragen stellen.

Wir - sowohl Europa als auch Brandenburg - haben nur dann eine Perspektive, wenn es uns gelingt, diese vermeintliche Krise rasch und nachhaltig zu überwinden, denn die Weltmärkte, Amerika und Asien schauen auf Europa und weiden sich an seiner momentanen Schwäche, denn unsere Schwäche ist eventuell ihre Stärke.

Hat sich Europa denn so sehr von seinen Bürgern entfernt oder konnte die Politik die Bürger einfach nicht auf diese Reise mitnehmen? Es wird beklagt, Europa sei zu weit weg, zu undemokratisch, zu bürokratisch und zu technisch, Entscheidungswege und -gründe seien nicht nachvollziehbar.

Das alles mag richtig sein, paradoxerweise zerstören wir jedoch gerade mit der Ablehnung des Verfassungsvertrages das Werkzeug, das uns helfen könnte, diesen Zustand zu reparieren.

Mehr Demokratie durch Stärkung des Europäischen Parlaments, mehr Bürgerrechte durch Einführung des Instruments der Bürgerinitiative, die Aufnahme der Charta der Grundrechte, mehr Kontinuität durch eine zweieinhalbjährige Ratspräsidentschaft, mehr Subsidiarität als Stärkung der nationalen Parlamente, höhere Flexibilität durch Einführung einer qualifizierten Mehrheit, all das - so scheint es - ist von den Bürgern

Frankreichs und den Niederlanden nicht gewollt. Dabei wäre diese Diskussion sehr viel einfacher zu führen, wenn nicht irgendjemand auf den Gedanken gekommen wäre, diesen Vertrag einen „Vertrag über die Verfassung Europas“ zu nennen. Es ist lediglich die Aufnahme der Grundrechtecharta, es ist lediglich die Zusammenführung von bestehenden Verträgen der Europäischen Gemeinschaft und keine Konstitution, die nationale Identitäten abschaffen soll. Das war dem Bürger leider nicht zu vermitteln. Ich möchte hier jedoch kein Plädoyer für den Verfassungsvertrag halten, sondern auf andere noch zu beantwortende Fragen eingehen.

Felsenfest bin ich davon überzeugt, dass die gemeinsame Haltung Frankreichs und Deutschlands auch ein Grund dafür war, dass Europa gespalten wurde. Die Alleingänge Frankreichs und Deutschlands in Bezug auf den Irakkrieg, in Bezug auf Mehrheitsentscheidungen und in Bezug auf die Deckelung der Zahlungen haben Europa zutiefst gespalten.

Welche Konsequenzen müssen wir aus der Verweigerungshaltung der Bürger ziehen, meine Damen und Herren? Ich glaube, dass wir uns auf die Grundwerte von Politik, auch von europäischer Politik, besinnen müssen. Dabei ist das Wichtigste, dass Politik verlässlich ist und dass Politiker sich eindeutig äußern und ehrlich zu den Bürgern sind. Dabei müssen wir auch Risiken offen und ehrlich benennen und proaktiv an ihrer Minimierung arbeiten. Ebenso müssen wir auch Vorteile und Chancen der Europäischen Union deutlicher formulieren.

Dabei hilft es uns wenig, wenn wir bei allem Schlechten nach Brüssel weisen und alles Gute immer auf unsere eigenen Fahnen schreiben; denn wenn Schlechtes aus Europa kommt, dann auch deswegen, weil wir versäumt haben, an den Entscheidungsprozessen mitzuwirken. FFH-Richtlinie und Feinstaubrichtlinie - Begriffe, die allgemein bekannt sind - waren in Deutschland erst dann ein Thema, als sie nationales Recht wurden. Als sie aber im vorigen Jahrhundert in Brüssel beraten wurden, gab es kaum ein wahrnehmbares Veto. Daher gibt es diese Richtlinien. In diesem Zusammenhang ist es auch wenig hilfreich, wenn die Bundesregierung schon bei der Umsetzung in nationales Recht versucht, höhere Maßstäbe zu setzen. Schauen wir uns das Antidiskriminierungsgesetz an.

Es ist zumindest die Festschreibung im Koalitionsvertrag zu begrüßen, dass im Umweltrecht auf Landesebene nicht über europäische Standards hinausgegangen werden soll.

Ich werde auch weiterhin dafür kämpfen, dass dies, wie im Entschließungsantrag zum Haushalt 2005/2006 festgelegt, für alle Politik- und Rechtsgebiete gilt, denn nur dann ist gewährleistet, dass Deutschland und insbesondere Brandenburg im europäischen Wettbewerb keine Nachteile erleiden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Als weitere Konsequenz ist aber auch wichtig, dass wir Europa stärker in unseren Alltag integrieren. Das fängt sehr früh an: in der Bildung, in der Jugendarbeit, in der Ausbildung und im Studium. Ich weiß, dass es heutzutage schwierig ist, gerade jungen Menschen Politik näher zu bringen; aber nur, weil wir eine Aufgabe als schwierig ansehen, dürfen wir sie nicht unbearbeitet liegen lassen.

An dieser Stelle äußere ich den Appell an die Medien und die

Medienvertreter - es ist bezeichnend, dass kaum welche angewendet sind, was wiederum das mangelnde Interesse an Europa zeigt -: Ich bitte Sie, Europa nicht immer nur als Randthema zu betrachten, das sich nicht verkauft, sondern wirklich als Kernstück einer gestalterischen Politik. Wir Politiker haben nur einen sehr beschränkten Radius unseres Informationsflusses. Sie jedoch können die Menschen erreichen, wenn Sie es denn wollen.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zu der Frage kommen, welche konkreten Auswirkungen der laufende Prozess auf Brandenburg hat, welche Perspektive und welche Chancen Brandenburg in der Europäischen Union vor diesem Hintergrund hat.

Eines sei vorweg geschickt: Brandenburg hat Chancen in der Europäischen Union, und dies aus mehreren Gründen: Als eine der wenigen Regionen in Europa empfängt Brandenburg die absolut mögliche Höchstförderung, eingebettet in einen entsprechenden Beihilferahmen.

Wir leben im Zentrum und damit im Herzen einer Solidargemeinschaft, die uns seit über fünfzig Jahren den Frieden in Europa sichert. Diesen Zustand hatte Europa mehrere Jahrhunderte nicht mehr erlebt.

Geografisch gesehen sind wir Dreh- und Angelpunkt zwischen den neuen und den alten Mitgliedsstaaten. Wir sind nicht nur das Tor zum Osten, sondern wir sind genauso das Tor zum Westen. Wir sind die Eingangspforte Europas.

Europa ist auch schon lange nicht mehr nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern darüber hinaus eine Wertegemeinschaft, die uns einen verbindenden demokratischen, rechtsstaatlichen und kulturellen Wertekanon bietet.

Aber Brandenburg hat trotz dieser Chancen nur dann eine Perspektive, wenn wir unsere Hausaufgaben machen, wenn wir diese Chancen erkennen und fördern. Damit meine ich das Land, aber ich meine vor allen Dingen die Bundesregierung, denn sie als Vertreterin des Nationalstaats und nicht die „Region“ Brandenburg ist Verhandlungspartner in Brüssel. An uns ist es aber, dem Bund unsere Bedürfnisse, Wünsche und Forderungen ganz klar und unmissverständlich darzulegen und ihn aufzufordern, diese in Brüssel zu vertreten. Diese Auffassung - das können Sie mir glauben - werde ich auch nach der zu erwartenden Bundestagswahl und auch nach einem Regierungswechsel weiterhin vertreten.

Meine Damen und Herren, der Bund muss aufhören, auf dem europäischen Parkett Solovorstellungen zu liefern: kein Aufweichen des Solidarpaktes, da es zu einer Schwächung des Euros kommt; keine Deckelung der Zahlung an Brüssel auf 1 % des Bruttonationaleinkommens, da dies uns hier in Brandenburg zuallererst treffen würde. Nach der im letzten Jahr erfolgten Osterweiterung, welches die bisher größte der Europäischen Union war, brauchen wir eine Zeit der Regeneration. Insbesondere können wir nicht immer mehr neue Aufgaben mit immer weniger Geld bewältigen.

Gerade das Abstimmungsverhalten der Menschen in Frankreich und in den Niederlanden hat gezeigt, dass sie den Marschtakt, den wir ihnen vorgegeben haben, nicht mitmachen

wollen. Wir brauchen ein Europa der Vertiefung und kein Europa der Erweiterung.

Sie müssen sich nur einmal Folgendes vorstellen: Sie wollen einen Kuchen backen und rollen den Teig aus. Je dünner der Teig wird, desto brüchiger wird er. Er wird dann auch irgendwann reißen. Also müssen Sie den Teig erst einmal durchwalzen, damit Sie ihn dann noch einmal neu ausrollen können.

(Zuruf von der PDS: Keine Ahnung! Haben Sie schon einmal Kuchen gebacken?)

Das müssen wir auch bei den Beitrittsverhandlungen mit Rumänien und Bulgarien beachten; wir müssen diese Verhandlungen fair und kritisch begleiten: kein Automatismus, sondern klare Einhaltung der Regeln für alle. Auch die am 3. Oktober aufzunehmenden Beitrittsverhandlungen mit der Türkei dürfen nicht unweigerlich nur in eine Richtung führen, nämlich in die Richtung zur Aufnahme; vielmehr müssen sie offen und nicht vorbestimmt geführt werden.

(Schippel [SPD]: Das steht geschrieben!)

Das heißt, es muss auch die Möglichkeit einer privilegierten Partnerschaft gegeben sein.

Meine Damen und Herren, wir müssen unsere Hausaufgaben auch im eigenen Lande machen. Dass es hierbei nicht in allen Bereichen zum Besten bestellt ist, haben wir bei der Haushaltsdebatte gesehen. Dabei hat man sich so geschickt um das Thema Europa herumblaviert, dass man meinen könnte, Brandenburg finanziere sich allein aus eigenen Mitteln und sei ein Eiland der Glückseligkeit in einem großen Meer.

(Zuruf von der PDS: Ihre Regierung!)

- Ja, die Opposition hat sich in der Haushaltsdebatte zum Thema Europa überhaupt nicht geäußert. Von daher kann ich das auch nur zurückweisen.

(Widerspruch bei der PDS)

Ich weiß, dass alle Ressorts der Landesregierung große Anstrengungen unternehmen, um europafit zu werden. Aber nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Die Vertretung des Landes bei der Europäischen Union wird engagiert geleitet und die dort tätigen Mitarbeiter sind hoch motiviert. Dennoch ist weder die räumliche, die finanzielle noch die personelle Ausstattung ausreichend, um wirklich Toparbeit abzuliefern. Hier appelliere ich nochmals an alle Ressorts, auch eigene Mitarbeiter an die Vertretung zu entsenden und abzuordnen.

Die wichtigste im Land zu verwirklichende Perspektive ist selbstverständlich die finanzielle Hilfeleistung der Europäischen Union. Derzeit debattieren wir im Land, im Bund und in Brüssel über die Ausgestaltung der Förderperiode 2007 bis 2013. Auch hier erkennen wir nicht das Positive an, dass Brandenburg im laufenden Förderzeitraum 4 Milliarden Euro erhält, sondern diskutieren nur das Negative und schreiben, wie schlecht es demnächst in Brandenburg aussehen wird.

Ja, wir sind als Region, die an ein neues Mitgliedsland angrenzt, das ein viel niedrigeres Lohnniveau aufweist, in einer

besonderen Situation. Wir sind in einer besonderen Situation, weil die Landesregierung im Jahr 2002 die Entscheidung getroffen hat, das Land in zwei statistische Hälften aufzuteilen. Wir sind auch in einer besonderen Situation, weil wir unsere eigene Position nicht direkt in Brüssel vertreten können, sondern auf den Bund und die Bundesregierung angewiesen sind.

Was jedoch tun wir in dieser besonderen Situation? Wir nehmen keine Detailanalyse vor, warum unser Bruttonationaleinkommen teilweise noch unter dem Niveau von 75 % des EU-Durchschnitts liegt. Wir verfallen noch immer in Diskussionen, ob die Zweiteilung des Landes rückgängig gemacht werden kann, und wir machen dem Südwesten falsche Hoffnungen, dass Brüssel die Zweiteilung vielleicht nicht anwenden werde. Wir müssen aber das Beste aus der Situation machen.

Wir konnten bereits bisher - gemeinsam mit anderen neuen Ländern - in Brüssel durchsetzen, dass es eine Sonderregelung für Regionen gibt, die vom statistischen Effekt betroffen sind, ein Begriff, den ich an dieser Stelle wohl nicht näher erläutern muss. Aber wir müssen bei der Bundesregierung weiter intervenieren, alle Möglichkeiten auszuloten, damit Brandenburg auch in der nächsten Förderperiode die bestmögliche Förderung bekommt und die Disparität aus zwei Fördergebieten entweder aufgefangen oder generell ausgeschaltet werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Dazu müssen wir jeden Strohalm ergreifen. Wenn manchmal davor gewarnt wird, dies zu tun und sich damit in Brüssel lächerlich zu machen, dann meine ich: Wenn das Ergebnis das richtige ist, dann machen wir uns auch gern in Brüssel lächerlich, sofern wir auf diesem Weg trotzdem die Höchstförderung für ganz Brandenburg bekommen.

In diesem Punkt betrifft uns natürlich auch die Verweigerungshaltung der Bundesregierung in Bezug auf die Höhe der Zahlungen. Erstens wird Brandenburg als eine Region, die vom statistischen Effekt betroffen ist, als allererste davon berührt sein. Zweitens scheint sich momentan abzuzeichnen, dass eventuell sogar die Zeitplanung der Beratungen gefährdet ist. Wenn nicht im Juni in Brüssel entschieden wird, wie die Förderperiode gestaltet werden kann, dann werden wir auch nicht die Zeit haben, die notwendigen Programme bis 2007 zu erarbeiten. Deswegen ist hier wirklich Eile geboten.

Der Bundesregierung fällt im Moment nur ein, den so genannten Briten-Rabatt zum Thema zu machen; sie macht überhaupt nicht deutlich, dass die Festschreibung der zu hohen und außerdem problematischen Agrarsubventionen ein Geschenk an Frankreich ist. Jedes Land vertritt in Europa seine nationalen Interessen. Aber wie - diese Frage ist durchaus legitim - werden eigentlich die deutschen nationalen Interessen angesichts der Zahlung von 26 % des Gesamtbudgets durch Deutschland vertreten?

Präsident Fritsch:

Frau Abgeordnete, Sie überziehen ihre Redezeit.

(Zuruf von der CDU: Das war wichtig!)

Frau Richstein (CDU):

Das war wichtig; ich hätte noch mehr insbesondere zur Förder-

politik im Land zu sagen, ebenso zur guten Nachbarschaft mit Polen.

Aber lassen Sie mich zusammenfassen: Die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden haben den Integrationsprozess in Europa abgebremst - das müssen wir leider feststellen -, aber nicht zum Stillstand gebracht. Wir haben nur dann eine realistische Chance, unsere Ziele zu realisieren, wenn wir die vermeintliche Krise rasch und effizient meistern. Wir müssen uns auf die vor uns liegenden Aufgaben konzentrieren, anstatt neue zu suchen, wir müssen unsere Hausaufgaben machen, anstatt neue Heldentaten zu begehen. Das Wichtigste ist: Brandenburg hat viele Chancen und es liegt in unseren Händen, dem Land auch eine Perspektive zu geben. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der PDS-Fraktion fort. - Frau Abgeordnete Stobrawa, Sie haben jetzt Gelegenheit, die Erwartungen von Frau Richstein zu erfüllen oder es auch sein zu lassen.

Frau Stobrawa (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte diese Erwartungen nicht erfüllen. Natürlich ist die Verfassung von Europa ein wichtiges Thema, Frau Richstein. Aber Sie erinnern sich sicherlich, dass auch Bundestagsabgeordnete mit CDU-Mandat gegen die Verfassung gestimmt haben. Ich gehe zwar davon aus, dass sie aus anderen Gründen als ich zum Beispiel gegen diese Verfassung aufgetreten sind. Trotzdem kommt bei mir keine Häme auf, weil ich einfach eine vertane Chance sehe.

Dieses Europa hatte mit der Vorlage eines Verfassungsvertrages tatsächlich die Chance, ein soziales, ein friedliches und ein demokratisches Europa zu werden. Diese Chance ist verspielt, weil ein Verfassungsvertrag vorgelegt wurde, der diesen Ansprüchen nicht genügt. Deshalb bin ich gegen diese Verfassung.

(Beifall bei der PDS)

Der Bundeskanzler will nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden eine Denkpause einlegen, um eine Grundsatzdebatte über die Zukunft der EU in Gang zu setzen. Ich bin gespannt, ob er danach unter dem Motto „Mehr Demokratie, mehr Mitsprache auch für die Bürger der Bundesrepublik“ in den Bundestagswahlkampf eintreten wird. Noch mehr interessiert uns allerdings, was die hiesige SPD zu diesem Thema meint. Bisher kennen wir dazu nur die Meinung eines einzelnen Herrn.

Für die drittstärkste Fraktion im Landtag ist scheinbar alles klar. Mit Ihrem Antrag auf Aktuelle Stunde breiten Sie sozusagen alle irgendwie denkbaren europapolitischen Themen aus. Selbst den Beitritt der Türkei sparen Sie nicht aus, obwohl Sie jetzt dazu nichts gesagt haben. Wer hat denn von 1999 bis 2004 hier in diesem Haus den Europaminister gestellt? Wer hat mit der SPD im Herbst 2004 eine Koalitionsvereinbarung unterschrieben, in der Europapolitik nicht einmal als Wort vorkommt? - Das waren Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der CDU.

(Beifall bei der PDS)

Wenn Sie jetzt davon sprechen, dass wir eine Eingangspforte, ein Tor sind und dass sich Brandenburgs geographische Lage gut darstellt, dann reicht das nach meiner Meinung nicht aus. Die Bürgerinnen und Bürger auch dieses Landes brauchen andere Antworten auf ihre Fragen.

(Beifall bei der PDS)

Haben nicht auch Ihre Minister die Hand gehoben, als die Zweiteilung des Landes in einer Nacht- und Nebelaktion durch das Kabinett ging? Wurden nicht Ihre sieben Abgeordneten diszipliniert, als sie im Landtag mit einem eigenen Antrag dagegen vorgehen wollten? Die Hoffnung, von der Sie sagten, sie solle nicht immer genährt werden, hat auch eine ehemalige Ministerin für Europaangelegenheiten in der vergangenen Legislaturperiode sehr gehegt und gepflegt, bis wir gesagt haben: Vergessen Sie es, es gibt in dieser Richtung keine Hoffnung mehr! - Wir erleben seit dem Ausscheiden von Minister Schelter aus dem Amt de facto eine europapolitische Lethargie in den Koalitionsfraktionen, die sich in Zukunft scheinbar etwas anders gestalten soll.

Sie, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD und der CDU, haben sich hier für einen mit Ach und Krach hinbekommenen 20-Millionen-Euro-Haushalt feiern lassen.

(Bischoff [SPD]: Milliarden!)

- Entschuldigung, Milliarden. Die Milliarden aber, die Brandenburg hoffentlich auch in der nächsten Förderperiode wieder aus Brüssel bekommen wird, sind für Sie nicht einmal einer parlamentarischen Erörterung wert. - Herr finanzpolitischer Sprecher der SPD, ich meinte eben natürlich die 20 Millionen Euro, die Sie in sehr intensiver Zusammenarbeit zwischen CDU und SPD umverteilt haben, was Sie dann großartig feierten.

Wäre es nach Ihnen von der Koalition gegangen, dann hätte dieser Landtag bis heute keine europapolitischen Anträge verhandelt: weder über die europäische Verfassung noch über die Aufhebung der Zweiteilung Brandenburgs noch über die EU-Dienstleistungsrichtlinie oder über die Strukturpolitik ab 2007. Dies alles sind Fragen, die nicht nur originäre Landespolitik sind, sondern vor allem die Kommunen, die kleinen und mittelständischen Unternehmen, viele Vereine und Verbände und selbst einzelne Menschen hier in Brandenburg ganz unmittelbar betreffen. Selbst für aktuelle Übersichten über den Abfluss der Strukturfonds interessiert sich im Haushaltsausschuss nur die PDS. Unsere morgen zur Diskussion stehenden Anträge zur Bestimmung der finanziellen Rahmensetzung für die Strukturpolitik ordnen sich hier gut ein. Gut, dass es eine Opposition gibt, muss ich hier mit Selbstlob sagen.

(Beifall bei der PDS)

Ihre einsamen Rufe in der Haushaltsdebatte, Frau Kollegin Richstein, finden an dieser Stelle natürlich unsere Unterstützung.

Nach den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden wird von vielen Politikern eine Krise der Europäischen Union beschworen. Ich teile diese Auffassung ausdrücklich nicht. Aus meiner Sicht sind die Referenden und die danach begonnene europaweite Diskussion über die Zukunft der Ge-